

Wohnen Graz hat die Aufgabe, jene Menschen wohnzuversorgen, denen es die Mechanismen des sogenannten freien Wohnungsmarktes schwer bis unmöglich machen, eine leistbare Wohnung anzumieten. Würde Wohnen Graz dabei – wie von Ihnen gefordert – nach rein (markt)wirtschaftlichen Kriterien vorgehen, könnte die Stadt Graz ihrer sozialen Verantwortung eben gerade nicht nachkommen.

So bietet Wohnen Graz gemeindeeigene Wohnungen rund 40% unter dem zulässigen Richtwert an, die aufgrund der hohen Inflation der letzten Monate und Jahren extremen Richtwertsteigerungen wurden außerdem nicht zur Gänze übernommen. Für 2024 bis 2026 werden die Erhöhungen mit 2% begrenzt.

Da die Stadt auf die Mietpreisentwicklung in den sogenannten, von gemeinnützigen Genossenschaften verwalteten Übertragungsbauten keinen Einfluss hat, sorgt sie mit dem Mietzinszahlungsmodell dafür, dass trotz der dort stark steigenden Benutzungsentgelte niemand mehr als ein Drittel des Haushaltseinkommens für Miete, Betriebskosten und Heizung aufbringen muss. Dieses Modell gilt freilich auch für jene Gemeindewohnungen, die sich im Eigentum der Stadt befinden.

Mieter:innen, die einen Anspruch auf eine Gemeindewohnung hätten, aber auf dem freien Markt fündig werden, werden aus dem Kautionsfonds von Wohnen Graz unterstützt.

Die Stadt Graz baut seit 2015 wieder selbst Wohnungen, nebenbei wird der Bestand laufend saniert.

All die genannten Leistungen – in ihrer Gesamtheit eben die soziale Verantwortung der Stadt Graz – könnten, wie auch alle anderen sozialen Angebote einer Kommune, logischerweise nach rein wirtschaftlichen Kriterien nicht erbracht werden. Der politische Wille, dieses Angebot weiterhin aufrecht zu erhalten und es nach Bedarf auch zu finanzieren, ist gegeben.

Wohnen Graz erfüllt seine Aufgaben vorbildlich, daher sind keine Umstrukturierungen in diesem Bereich geplant.

Was die Übernahme der Mietzinsausfälle in den Übertragungsbauten anbelangt, ist Wohnen Graz diesbezüglich mit den gemeinnützigen Partnern der Stadt in Kontakt, um hier für die Stadt günstigere Bedingungen auszuverhandeln.